

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Fürstenkompromiß gescheitert!

Der Rechtsausschuß stellt die Arbeit ein. — Verwirrung in der Koalition.

Der Reichstag beginnt heute mit der Beratung des Volksbegehrens über die Fürstenenteignung. Die Frage der Fürstenenteignung tritt in das entscheidende Stadium.

Das Fürstenkompromiß ist gescheitert. Der Rechtsausschuß hat vier Monate darüber verhandelt — um am Schlusse zu erklären, daß er nicht weiter kommt.

Regierung und Regierungsparteien haben versucht, die Fürstenfrage unabhängig von dem Willen des Volkes, im Gegensatz zu dem stürmischen Verlangen der 12 1/2 Millionen Unterzeichner des Volksbegehrens auf dem Wege des Kompromisses zu lösen. Sie haben bei diesem Versuch weder Verständnis für das Gezeigte, was das Volk bewegt, noch klaren Willen und Entschiedenheit. Das Fürstenkompromiß, dreimal abgeändert, ist in den Beratungen des Rechtsausschusses von einer Krise in die andere geschleppt worden. Sachlich entscheidende Abstimmungen konnten die Regierungsparteien in den letzten Tagen im Rechtsausschuß nicht mehr wagen. Nun ist der Versuch, den Volksentscheid mit einem fertigen Fürstenkompromiß zu vorzukommen, am Ende.

Der Rechtsausschuß hat heute morgen seine Verhandlungen über das Kompromiß abgebrochen. Die Versicherung der Regierung in ihrer famosen Kriegserklärung gegen den Volksentscheid, daß sie das Kompromiß mit allen Kräften fördern wolle, ist überholt. Die Regierung mußte sich deshalb im Rechtsausschuß von den eigenen Regierungsparteien bittere Wahrheiten sagen lassen. Diese Sitzung des Rechtsausschusses war eine Widerspiegelung der Verwirrung, die bei den Regierungsparteien herrscht.

Die Absicht der Demokraten, einen Abänderungsantrag zum Enteignungsgesetz im Plenum einzubringen, hat die Verwirrung vollständig gemacht. Die Regierungsparteien erheben untereinander die heftigsten Vorwürfe. Seit gestern abend tagt die Fraktion des Zentrums, ohne daß sie bisher zu einem Entschluß gekommen wäre. Sie berät über die Situation, die für die Regierungsparteien und die Regierung durch das Scheitern des Kompromisses und den demokratischen Antrag entstanden ist. In ihren Beratungen ist der Gedanke aufgetaucht, das Enteignungsgesetz durch das Plenum des Reichstags zunächst einem Ausschuß überweisen zu lassen, offenbar um Zeit zu gewinnen.

Die Presse des Zentrums und der Deutschen Volkspartei fürchtet das Auseinanderfallen der Regierungskoalition. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt zu dem Antrag der Demokraten:

„Die Demokraten glauben wahrscheinlich, dadurch auf die Abschließung des Kompromißentwurfs einen Druck ausüben zu können. Tatsächlich aber stellt ihr Antrag eine Begünstigung des Volksentscheides dar, da der Zusatzparagraf nur allzu geeignet ist, verwirrend auf das Urteil der Abstimmenden einzuwirken. Bringen die Demokraten tatsächlich einen solchen Zusatzparagrafen ein, so würden sich daraus wahrscheinlich innerpolitische Komplikationen erster Art ergeben.“

Die „Germania“ versichert:

„Dieser Zusatzantrag hat aber keine Aussicht, eine Mehrheit zu finden. Abgesehen davon, daß die Sozialdemokraten ihm nicht zustimmen werden, kann auch das Zentrum diesem Antrag nicht beipflichten, weil sein Ausgangspunkt immerhin das Begehren auf radikale, einschneidende Enteignung ist. Da die Demokraten ihr Vorgehen auch mit der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei begründen, ist die Regierungskoalition gefährdet, wenn es in der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses nicht gelingt, die Regierungsparteien wieder auf eine gemeinsame Basis zu bringen.“

Die Regierungsparteien haben also keine gemeinsame Basis mehr und müssen sie mühselig erst wieder suchen.

Das Volk steht also vor folgender Sachlage:

Regierung und Regierungsparteien haben sich in viermonatiger Beratung als unfähig erwiesen, die Fürstenfrage einer gerechten Lösung zuzuführen.

Die Regierung hat trotz ihres Programms nichts unternommen, um der stürmischen Forderung des Volkes nach Gerechtigkeit Genüge zu tun. Sie schmählt die Unterzeichner des Volksbegehrens, aber sie läßt die Fürstenfrage im luftleeren Raum.

Die einzige Lösungsmöglichkeit bleibt der Volksentscheid. Die Gefahr besteht, daß die Fürsten mit Hilfe der Gerichte ihre maßlosen Forderungen durchsetzen, wenn das Volk nicht selbst als Gesetzgeber die Fürstenfrage löst.

Da die regierenden Parteien im Parlament ihre Unfähigkeit dokumentiert haben, muß das Volk selbst sprechen.

Der Rechtsausschuß am Ende.

Nach vier Monaten Beratung.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat heute morgen zu seiner 36. Sitzung wegen des Fürstenkompromißes zusammen. Der Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Schulte für das Zentrum, daß die letzten Verhandlungen im Ausschuß ergebnislos gewesen seien und daß seine Freunde deshalb

keinen Weg mehr für eine fruchtbare Arbeit sehen, bevor nicht die großen politischen Fragen geklärt seien

und die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten nicht in ganz klarer Weise zu erkennen gegeben hätten, ob sie gewillt seien, auf einer mittleren Linie eine billige Lösung der Fürstenausschließung herbeizuführen. Der heute veröffentlichte demokratische Antrag sei ihm vorher nicht bekannt gewesen. Er müsse abwarten, bis die Demokratische Partei loyal die Fühlung mit seiner Partei aufnehmen werde. Er beantragte Vertagung der ganzen Verhandlung.

Genosse Rosenfeld erklärte, sich in den häuslichen Streit des Zentrums mit den Demokraten nicht einmischen zu wollen,

es schiene doch so, als ob nunmehr auch die Regierungsparteien eingesehen hätten, daß ein Kompromiß wie das in Aussicht genommene, nicht möglich sei.

Auch er beantrage namens seiner Freunde die Aussetzung der Verhandlungen, allerdings aus anderen Gründen als der Abg. Schulte. Seine Freunde seien der Meinung, daß, nachdem der Gesetzentwurf des Volksbegehrens an den Reichstag gelangt sei, schon aus Respekt vor dem Willen des Volkes die Weiterberatung der Parteienträge abgebrochen und dem Gesetz des Volkes der Vorrang eingeräumt werden müsse. Was das Kompromiß selbst betreffe, so hätten seine Freunde immer die Fehler und Mängel des ganz unzureichenden Kompromißentwurfes dargestellt. Sie hätten immer klar zum Ausdruck gebracht, daß in der von den Kompromißparteiern gewünschten Weise eine Verständigung nicht möglich sei. Jetzt aber solle die Volksvertretung der Republik abwarten, was das Volk selbst sage. Die weiteren Verhandlungen im Ausschuß hätten keinen Zweck mehr.

Abg. v. Richthofen (Dem.) bemerkte, daß der demokratische Antrag noch nicht dem Reichstag eingereicht sei, und daß die Veröffentlichung dieses Antrages, noch dazu in falscher Formulierung, gegen den Willen seiner Fraktion erfolgt sei. Seine Freunde seien der Meinung, daß der Reichstag die Pflicht habe, zunächst Klarheit über den Volksentscheid herbeizuführen.

Abg. Wunderlich (Sp.) bestätigte, daß Dr. Rosenfeld immer die Mängel des Fürstenkompromisses dargelegt habe, so daß Zweifel an der Haltung der Sozialdemokraten gar nicht möglich gewesen seien. Er stimme mit Rosenfeld auch insofern überein, daß nunmehr der eigentliche Gesetzgeber, das Volk, zuerst zu sprechen habe. Zum demokratischen Antrag wolle er nunmehr sagen, daß er sich keinen Abänderungsvorschlag zum Volksbegehren denken könne, der das Enteignungsgesetz seinen Freunden schmackhaft machen könne.

Abg. Barth (Dnat.) hebt hervor, daß die Demokratische Partei durch den neuen angekündigten Antrag nur neuen Konfliktstoff geschaffen habe. Seine Freunde seien schon bis an die äußerste Grenze des für sie Möglichen gegangen, hätten aber bei den Mittelparteien kein Entgegenkommen gefunden, da diese immer mehr nach links, statt nach rechts gegangen seien. Die Deutschnationale Partei werde unter keinen Umständen dem Kompromiß zustimmen.

Abg. Schulte (S.) führt aus, daß der Reichstag sich ein Ermittlungszeugnis ausstelle, wenn er nach viermonatiger Arbeit kein Gesetz verabschiede. Es sei ein Babauquespiel, alles jetzt auf den Volksentscheid abzustellen.

Die Konsequenzen seien unabsehbar, auch für die Struktur des Deutschen Reiches.

Es sei Pflicht aller, diese hochpolitischen Fragen zu erwägen, da in der Entwicklung so große Gefahren lägen, wie wir sie seit der Revolution nicht mehr erlebt hätten.

Abg. Haas (Dem.) schließt sich diesen Äußerungen an. Auch er sei der Meinung, daß eine Katastrophe kommen könne, wenn nicht im letzten Augenblick eine Verständigung erfolge. Die Kritik der Volkspartei, die den Vorwurf der mangelnden Loyalität enthalte, müsse er zurückweisen, weil der demokratische Antrag nur entgegen dem Willen seiner Freunde bereits veröffentlicht worden sei.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) erwidert, daß er dem Eindruck entgegenstehe, als ob der Reichstag versagt habe. Die Kompromißparteiern hätten sich doch vier Monate lang um eine Verständigung bemüht.

Erder habe sich die Regierung in führender Weise nicht beteiligt.

Ihre Aufgabe wäre es gewesen, besonders nach den Erklärungen des Reichstanzlers, es nicht so weit kommen zu lassen.

Reichsjustizminister Marx macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Regierung eine Vorlage eingebracht hätte, die Vorarbeiten sehr lange Zeit hätten in Anspruch nehmen müssen. Die Regierung habe aber die Parteien bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes unterstützt.

Genosse Rosenfeld erklärt, daß er sich auch jetzt in den Streit zwischen den Kompromißparteiern nicht hineinmischen wolle. Die Situation sei jetzt völlig klar, daß auch unter den Kompromißparteiern die größten Meinungsverschiedenheiten beständen.

Es sei allerdings eine Tatsache, daß die Reichsregierung völlig versagt hätte, indem sie den Dingen ihren Lauf ließ und erst verspätet eingriff.

Auf den Appell der Regierungsparteien müsse er für seine Freunde erwidern, daß sie von vorherhin die Situation ernst geprüft und nicht im geringsten darüber überrast seien, daß sich jetzt das Kompromiß, wie sie von Anfang an gesagt hätten, als unmöglich herausgestellt habe. Seine Freunde hätten die jetzige Situation kommen sehen, und sie begrüßen den Lauf der Dinge, da sie von vorherhin gewollt hätten, daß das Volk selbst die Fürstenausschließung vornehme. Die bürgerlichen Parteien hätten die Absicht gehabt, die Volksabstimmung durch das Kompromiß kaputt zu machen. Das wäre ihnen nicht gelungen, jetzt sei vielmehr das Kompromiß kaputt. Die große Volksbewegung für die Fürstenenteignung werde eine Festigung der Republik und eine vernichtende Niederlage für die offenen und heimlichen Monarchisten im Lande bringen. Von einer Gefährdung der Republik durch die Volksabstimmung könne keine Rede sein. Welche Kreise der bürgerlichen Parteien ständen hinter dem sozialdemokratischen Verlangen um Entleerung der Fürsten. Es handele sich nicht um einen Konflikt im Volk selbst, das überwiegend für die Entleerung der Fürsten sei. Es handele sich mehr um einen Konflikt zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien und ihren eigenen Anhängern, die ihnen davonließen und mit den Sozialdemokraten für die Fürstenenteignung eintreten. Wenn also die Bürgerlichen einen Konflikt fürchteten, so sollten sie ihn dadurch vermeiden, daß sie gemäß dem Willen ihrer eigenen Wähler die Fürstenenteignung beschließen.

Vorsitzender Rahl hält darauf den Arbeiten des Ausschusses die Grabrede. Er hebt hervor, daß man 36 Sitzungen hindurch fleißig gearbeitet habe, und daß der Wert des Kompromisses doch höher sei, als man jetzt annehme. Er sehe die Zeit kommen, das wolle er sagen, ohne wie ein Prophet des alten Testaments zu sein, daß man noch einmal auf das Kompromiß zurückgreifen werde.

Der Ausschluß beschloß alsdann einstimmig, die weitere Beratung auszusetzen, bis von den Parteien ein Wunsch auf Fortsetzung der Verhandlungen geäußert werde.

Einberufung des Hauptvorstandes der Demokratischen Partei.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, ist der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Sitzung am Donnerstag, den 6. Mai, nach Berlin einberufen worden. In dieser Vorstandssitzung soll die politische Lage und im besonderen die Frage der Fürstenabfindung erörtert werden.

Russenvertrag und Polen.

Mächtegruppierungen oder Völkerbund?

Der deutsch-russische Freundschaftsvertrag ist so ziemlich in der ganzen Welt mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Man ist in einiger Verlegenheit, was man aus ihm machen soll. Die Nationalisten des Auslands, besonders Frankreichs, sind freilich schnell bei der Hand, um ihn als einen Schlag gegen den Völkerbund und die Politik von Locarno zu deuten. Die Regierungen aber und die anderen ihrer Verantwortung bewußten Kreise halten sich von einer solchen Deutung fern, einmal, weil sie für die gesamte Welt-politik unabsehbare Konsequenzen hätte, vor allem aber auch, weil sie in dem Wortlaut des Vertrags keine Stütze finden.

Am stärksten ist die Beunruhigung in Polen, und das läßt sich sehr gut verstehen. Polen liegt mitten zwischen Rußland und Deutschland, so wie Deutschland zwischen Frankreich und Polen liegt. Wenn schon die enge französisch-polnische Freundschaft in Deutschland vielfach beunruhigend wirkt, so kann ein deutsch-russischer Vertrag auf Polen keine andere Wirkung haben. Frankreich und Polen sind, obgleich ungleich stärker bewaffnet, zusammen an Bevölkerungszahl nicht viel stärker als Deutschland allein. Deutschland und Rußland zusammen haben aber fünf- bis sechsmal soviel Einwohner wie Polen. Sie sind beide, das eine dank seiner entwickelten Industrie, das andere dank seiner ungeheuren Ausdehnung, Wirtschaftsmächte ersten Ranges.

Polen ist wirtschaftlich und politisch schwer bedrängt. Seine Handelsbeziehungen zu seinen großen Nachbarn sind ungeordnet. Die Nationalitätenfrage schafft im Innern nicht geringe Schwierigkeiten. Dazu kommt eine außenpolitische Lage, die keineswegs befriedigend ist. Je enger sich Deutschland und Rußland zusammenschließen, desto stärker wird der Wunsch, die Beziehungen zu den Westmächten, besonders zu Frankreich, weiter auszubauen, desto stärker aber auch die Sorge, ob die beiderseitigen Bündnisysteme ein wirkliches Gleichgewicht der Kräfte gewährleisten.

Zweifellos tut sich hier für die Politik Europas eine Gefahrenquelle auf. Zwei Mächtekoalitionen, von denen die eine für Polen, die andere gegen Polen ist — das wäre eine Wiederholung jenes gefährlichen „Gleichgewichts der Kräfte“, das vor dem Kriege bestand. Glücklicherweise gibt es heute eine solche Scheidung noch nicht, und jede wirkliche Friedenspolitik muß darauf gerichtet sein, sie zu verhindern. Stresemann hat in seiner Note an Krestinski zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland als künftige Völkerbundsmacht

keine Verpflichtungen loyal zu erfüllen entschlossen sei. Als Völkerbundsmacht aber hätte Deutschland die Pflicht, sich an dem Schutz Polens gegen einen Angriff Russlands zu beteiligen. Mit der Erwähnung dieser extremsten Möglichkeit soll natürlich nicht angedeutet werden, daß Rußland kriegerische Absichten gegen Polen hätte; das ist nach unserer Ueberzeugung in keiner Weise der Fall. Es soll damit nur gezeigt werden, daß der deutsch-russische Vertrag niemals den Charakter eines gegen Polen gerichteten machtpolitischen Bündnisses annehmen kann, wenn Deutschland — und dafür zu wirken, ist die Sozialdemokratie entschlossen — seine künftigen Pflichten als Völkerbundsmacht loyal erfüllt.

Wenn sich im nationalistischen Lager Polens jetzt Stimmen gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erheben, so ist das nur ein neuer Beweis dafür, wie der Nationalismus gegen alle Vaterländer wütet. Wenn der augenblickliche Zwischenzustand, in dem der deutsch-russische Vertrag, aber noch nicht der Locarno-Vertrag in Kraft ist, seine Bedenken hat, so hat er sie besonders auch für Polen, und Polen mühte am meisten, daß Deutschland jetzt so rasch wie möglich in den Völkerbund eintritt, um dadurch zu verhindern, daß der Russenvertrag eine Bedeutung erhält, die er nicht hat und nie bekommen soll.

In Deutschland können sich über die Beunruhigung, die heute in Polen herrscht, nur politische Kinder freuen. Vermünftige Leute werden tun, was in ihren Kräften steht, um sie zu beschwichtigen, und zwar nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten. Da trifft es sich gut, daß im Mai die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder aufgenommen werden. Eine kluge Politik — auf beiden Seiten — würde sich darum bemühen, sie in einer Atmosphäre stattfinden zu lassen, die sich von der früheren günstig unterscheidet, um zunächst einmal auf wirtschaftlichem Gebiet den Grund für ein besseres Einvernehmen zu legen.

Deutschland von Frankreich und Polen „eingekreist“. Polen von Deutschland und Rußland „eingekreist“, hier die eine, dort die andere Mächtegruppe — das gäbe schlechte Aussichten für den Frieden! Frankreich, Deutschland, Polen und, sobald es will, auch Rußland — miteinander im Völkerbund, das ist erheblich besser. Darum meinen wir, daß Deutschland gerade jetzt nach Abschluß des Russenvertrags erst recht Völkerbund- und Locarnopolitik treiben soll, besonders mit Polen.

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Veschlüsse im Hauptausschuß des Reichstages.

Die Abstimmungen über die zum Gemeindebestimmungsrecht (G.B.) gestellten Anträge im Reichshauptauschuß hatten das folgende Ergebnis:

Mit 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, das vom Reichstag schon am 18. Februar verlangte Schutzgesetz gegen den Alkoholismus nunmehr schleunigst vorzulegen.

Mit großer Mehrheit wurde ferner die folgende Zentrumsentschließung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst in eine Prüfung einzutreten über 1. die derzeitigen Mißstände im Schankstättenwesen unter dem Gesichtspunkt der Volksgesundheit, des Familienlebens und des Jugendschutzes; 2. die Mißstände bei Verleihung von Konzessionen; 3. ob zur Bekämpfung dieser Mißstände eine stärkere Heranziehung von Gemeindeangehörigen dienlich ist.

Schließlich wurde noch mit 15 Stimmen die Entschließung Rauch (Bayr. Sp.) angenommen: die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst in eine Prüfung einzutreten 1. über die Mittel zu einer wirksamen Bekämpfung des Alkoholmißbrauches und über den Schutz der Volksgesundheit und des Familienlebens, besonders aber unierter Jugend gegen die Gefahren des Alkohols; 2. über eine Neuordnung des Konzessionswesens unter Heranziehung der zur Förderung und Ueberwachung der Volksgesundheit zuständigen Faktoren.

Angenommen wurde ferner noch folgende Entschließung: die Reichsregierung zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen sicher-

zustellen, daß von den bei Kapitel 2 Titel 52 im Haushalt des Ministeriums des Innern bewilligten Mitteln mindestens ein Teilbetrag von ein Drittel ausschließlich praktischen Zwecken, der Rest aber keinesfalls der Propaganda für das G.B.R. zugute kommt.

Bayern gegen die Reichspolitik.

Geld gegen Luther.

München, 28. April. (M.B.) Am zweiten Tage seiner Unterfrankenfahrt erklärte Dr. Held in einer Rede auf dem Begrüßungsabend in Hofen u. a.: Das Deutsche Reich sei für den Staat Bayern das, was der Staat Bayern für jede wirtschaftliche Instanz in Bayern selbst sei. Wenn er, was die Außenpolitik betreffe, seine eigene Meinung ausspreche, so sei dies sein gutes Recht. (Starker Beifall.) Man dürfe ihm daraus keinen Vorwurf machen. Es solle dies auch keine Kritik der Reichsregierung sein. Niemand zu Liebe und niemand zu Leide, aber immer aus dem Gefühl heraus, der gesamten Nation einen Dienst zu erweisen. Derjenige liebe das Vaterland am meisten, der im gegenwärtigen Augenblick den Mut besitze, auch einmal eine Warnung auszusprechen, auch wenn es der „Frankfurter Zeitung“ nicht gefalle. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Herr Dr. Held polemisiert gegen die „Frankfurter Zeitung“, aber er meint die Reichsregierung. Trotz des erregten Protestes des Reichskanzlers im Reichsrat hält er hartnäckig daran fest, daß Bayern ein Recht zur Sabotage der Außenpolitik des Reiches habe.

Herr Luther hat — trotz seines Münchener Besuchs — zu allen Sorgen um Fürstengehölz und Aufwertungsvoßbegehren noch den schönsten Bayernkonflikt.

Parlamentsschach in Weimar.

Der völkische Dinter von der Sitzung ausgeschlossen.

Weimar, 28. April. (M.B.) In der heutigen Landtagsitzung kam die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Sachse auf das Bestehen einer schwarzen Reichswehr zu sprechen und übte Kritik an der politischen Einstellung der Landesregierung.

Auf einen Zwischenruf des nationalsozialistischen Abgeordneten Dinter entspann sich eine kurze Auseinandersetzung Dinters mit einem anderen Abgeordneten, die fast zu Tätlichkeiten führte. Die Sitzung wurde schließlich unter allgemeiner stürmischer Bewegung unterbrochen, nachdem Dinter vom Präsidenten von der Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen war und den Saal verlassen hatte.

Isidor Kreil.

Der bestrafte Verleumder.

Augsburg, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Isidor Kreil, das bekannte Werkzeug deutschnationaler und völkischer Verleumder Eberts, war Anfang März vom Augsburger Gericht wegen Betrugs zum Schaden der deutschnationalen und völkischen Geldgeber zu zwei Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Kreil Berufung eingelegt, die jetzt in Augsburg zur Verhandlung steht. Er behauptet auch heute noch, daß er in der Schweiz Material gegen Ebert verborgen habe, ohne sich aber bereit zu erklären, diese Dokumente herbeizuschaffen.

Die Vernehmung der deutschnationalen und deutschvölkischen Zeugen ergab, daß diese mehr oder weniger auf gespanntem Fuße leben. Kreil ist besonders schlecht auf seinen ehemaligen Begleiter, den völkischen Architekten Thurn, zu sprechen, von dem er sich hintergangen fühlt, während Thurn wiederum Kreil beschuldigt, daß dieser ihm den Eingang eines größeren von Freiherrn von Forstner gefandten Geldbetrages verschwiegen habe. Kreil behauptet auch, daß er mit einer Ausnahme von allen seinen deutschnationalen und völkischen Auftraggebern „betrogen und betrogen worden“ sei.

Die Berufung wurde dann vom Gericht verworfen. 9 Monate Unterhaft wurden angedroht.

Finanzfrage und Heeresreform.

In Frankreich.

Strasbourg, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Zur Vorbereitung des Fingstkongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs tagte hier eine Konferenz der elsässischen Sozialisten. Sie hat mit 40 gegen 16 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen eine Entschließung beschlossen, die energische Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen fordert; sie betont außerdem die Schwierigkeiten der Entspannungspolitik seit dem Sturz Herriots und fordert nachdrücklich die Lösung der schwebenden politischen Probleme, wie Marokko, Syrien und Böhmen, sowie die Reduzierung der Heeresdienstzeit und Durchführung der Sozialversicherung. Zum Schluß wendet sich die Entschließung gegen die autonomistischen Bestrebungen im Elsaß, die eine Gefahr für den durch die Verträge von Locarno konsolidierten Weltfrieden darstellen.

Die Heeresreform ist bereits im Gange. Sie bringt eine stufenweise Verkürzung der Dienstzeit von jetzt 18 Monaten auf 16 und schließlich (1929/30) auf 12 Monate, daneben jedoch die Schaffung besonderer Stäbe zur Vorbereitung der Mobilisierung mit einem General an der Spitze in jedem Korpsbezirk, sowie die Erhöhung der Zahl der weiterdienenden Unteroffiziere von 60 000 auf 105 000. Kriegsminister Painlevé erklärte, diese Reform erläuternd, daß sie nur zur Sicherung der Landesverteidigung bestimmt sei; Frankreich werde nie als erster zur Waffe greifen.

Die Verhandlungen mit Amerika.

Paris, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptwiderstand, der sich in der amerikanischen Schuldkommission gegen den französischen Entwurf erhoben hat, richtet sich gegen die Beitragsfestsetzung der ersten Jahreszahlungen. Diese hat, im Gegensatz zu dem Caillaux'schen Vorschlag vom Dezember v. J. mit 40 Millionen Dollars, Berenger nur mit 20 Millionen vorgeschlagen. Trotz dieser Meinungsverschiedenheit scheint man in der amerikanischen Schuldkommission ziemlich optimistisch über die Möglichkeiten einer Verständigung zu denken. Der französische Botschafter in Washington, Berenger, hat um neue Instruktionen in der Frage der Beizifferung der ersten Jahreszahlungen nachgefragt, und man erwartet bereits für morgen die Wiederaufnahme der Besprechungen durch die amerikanische Schuldkommission.

Poincarés Finanzmanöver.

Paris, 28. April. (M.B.) Der frühere Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, Vincent Auriant (Soz.), machte in einer Rede zu Montpellier die aufsehenerregende Mitteilung, es sei ein geheimes Schriftstück vorhanden, das der Finanzminister Poincaré, Francois Marsal, unterzeichnet habe, und aus dem hervorgehe, daß sich die Regierung Poincaré von privaten Bankinstituten auf illegale Weise verdeckte Kredite von 2½ Milliarden Franken für den Staatsschatz verschafft habe. (Das Bankkapital wird diese Riesenkredite gewiß nicht ohne Gegenleistung gewährt haben und die Regierung Poincaré schon gehörig an die Kassa genommen haben. Red. d. „B.“)

Schwarzes Brot für Frankreich.

Paris, 28. April. (E.B.) Der Ministerrat hat eine Verordnung des Landwirtschaftsministers gutgeheißen, die bestimmt, daß dem Brot 8 Proz. Roggen beizugefügt werden müssen, um die Einfuhr ausländischen Weizens vor der französischen Ernte zu verhindern, was den Franken aufs neue bedrohen müßte.

Wieder ein russisches Todesurteil. Der Vorsitzende der früheren transkaspischen Regierung, Funtikoff, der während der englischen Okkupation im Einvernehmen mit den englischen Behörden 26 Sowjetkommissare aus Baku und zahlreiche Führer der transkaspischen Arbeiterbewegung erschossen ließ, wurde vom Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes in Baku zum Tode verurteilt.

Herr Hauptmann Jürgens.

Von Paul Steegemann.

Daß dieser Mensch heute noch lebt, ist purer Zufall. Wir waren, in den heiligen Nächten des 9. November, drauß und dran, ihn leidhaftig zu erschlagen. Wie sein Freund Ludendorff, so kam auch er mit einer blauen Brille davon, stolz, feige, verantwortungslos. Draußen knatterten im Straßenkampf unsere Maschinengewehre: er sah, als Kaufmann Warmbold verkleidet, in Kafkas Hotel beim Champagner, lächelte aber dann am anderen Tage mit den Papieren eines Unteroffiziers Meyer nach Hildesheim. Und so weiter.

Wenn Sonne über Hannover liegt, dann ist diese Stadt schön, strahlend, leuchtend. Die Menschen hier sind schlant, hochgebaut, ein blonder, nordischer Typ; vital, interessiert, mit Sinn für Nuancen, für die Distanz. Das öffentliche Leben rollt ab im Zentrum der Stadt, auf der Hauptstraße. Jeder kennt jeden. Ein neu renoviertes, aufgeschloßtes Kleinod.

Auf dieser Hauptstraße, auf der Georgstraße, in den Kriegsjahren, schritten sie dahin, in straffer Uniform, mit der Keilspitze in der Hand, wiegendes Ganges, den Damen feß unter den Hut schlingend, umbuhlt von den Spitzen der Creme, zwangsläufig gegrüßt von vielen Menschen: der Generalleutnant v. Rogowski, Jar des 10. Armeekorps, und sein Freund, der Herr Hauptmann Bernhard Jürgens, seit 1916 Chef der Abteilung „Abwehr“, weiland Untersuchungsrichter in Essen an der Ruhr.

Diese beiden markanten Vertreter des deutschen Heldengeistes installierten hier frisch-fröhlich eine Ortsgruppe der Gruppe Gent.

Es gibt kein Verbrechen aus der sabstischen Sphäre, das der Jürgens, immer gedenkt von seinem Vorgesetzten, nicht begangen hätte. Ein Calligula in der vorderen Hofentasse.

Da sind tausend Fälle der Freiheitsberaubung, der Beleidigung, der Nötigung, des Mißbrauchs der Dienstgewalt. Da sind Kaufleute, Handwerker, Händler, Arbeiter und Ausländer, die er einsperrte, quälte, beschimpfte, an die Front oder in das Internierungslager schob.

Da ist die Firma Urberg, von der er ganze Ladungen Bleich und Wurst für sich und seine Sippe im Kohlrübenwinter erprekte.

Da ist der Kaufmann Friedrich Stock, der Warenhausbesitzer Bär junior, der Schlächtermeister Busse, der Deutschamerikaner de Ruhr, der Viehhändler Meyer, der Joseph Vincus, der Arbeiter Engel. Diese Menschen wurden wochenlang, monatelang eingesperrt, bei den Hausdurchsuchungen bestohlen, beschimpft, getreten, geschlagen.

Da ist eine Familie Ungern-Hofenberg, die ehemals ihren Althandel betrieb. Nichts lag gegen sie vor. Aber Herr Jürgens ist Antisemit. Beschah er zunächst einmal, am 31. Juli 1917, die beiden Söhne durch sechs Polizisten aus der Wohnung verhaften ließ, sie fünf Tage ins Gefängnis sperrte, dann weiter auf acht Monate ins Gefängnislager Holzwinden schob, von da weiter

für Monate nach Lichtenhorst brachte. Nie ist eine Anklage erhoben, nie eine Gerichtsverhandlung anberaumt worden. Der Vater dieser Jungen wurde zweimal für Wochen ins Gefängnis geholt, ebenfalls ohne Anklage, ohne Verhör. Dann erkrankte die Mutter, die alte Mutter, lebensgefährlich. Sie schrieb nach ihren Söhnen. Was tat der Herr Hauptmann? Er gab den Söhnen keinen Urlaub. Er frauß dem Vater ins Gesicht: „Ist deine Frau wirklich so schwer krank? Dann wollen wir ihr eine Feuerwehrspritze hinschicken.“

So geht das weiter in den Akten, Material auf Material, Anklagen auf Anklagen. Hier hat die blonde Bestie gehauft, gehurt und verhasstet. Kein Mensch war seines Lebens sicher, überall soßen Spione herum, die nach Spionen suchten. . . . Ein beliebtes Objekt, ein gefährliches Subjekt war Iwan Raß, damals noch friedlich sozialdemokratischer Redakteur. Fast jeden Tag gab es bei ihm Verhöre, Hausdurchsuchungen und gelegentliche Verhaftungen. Bis auch er an die Front kam.

Auch mich hat der Jürgens verhaften lassen, auf eine Demunziation hin. Das ging sehr fig. Und war sehr komisch. Meine Wohnung wurde durchsucht, meine Briefe beschlagnahmt, meine Bibliothek durcheinandergeschmissen. Dann wurde ich, wie ein Schwerverbrecher gefesselt, durch die Straßen geschleift, stundenlang verhört, von morgens bis Mitternacht eingesperrt und schließlich fruchtlos entlassen. Daß ich kurze Zeit danach eingezogen wurde und an die Front sollte, ist selbstverständlich.

Jetzt sieht dieser Mann, dieser Jürgens, in Moabit. Jetzt werden ihm nicht harmlose Dinge aus der Cigappe Genü vorgeworfen, jetzt sind es konkrete, handgreifliche, in Paragraphen gespannte kriminelle Vergehen.

Was wird ihm geschehen? Einstweilen liegt er bereits im Lazarett. Und damit es ihm nicht allzu langweilig wird, hat er einen Oberleutnant als Stubengenossen bekommen.

Das kommt davon, wenn man kein Republikaner ist.

Märtyrer ihrer Ueberzeugung. Aus Florenz wird uns geschrieben: In der Eingangshalle der Florentiner Universität steht die Bildsäule des Physikers und Astronomen Galileo Galilei, der wegen seiner Lehre vom Umlauf der Erde um die Sonne im Dominikanerkloster S. Maria sopra Minerva vor dem Gerichtshof der heiligen Inquisition zu Rom sein letztes Verhör unter Androhung der Folter bestand und wahrheitsgemäß auch ihren ersten Grad erlitt (examen rigorosum — peinliche Befragung), bevor er am 21. Juni 1633 seinen Irrtum abschwur. Der an beginnender Blindheit, an einem schweren Bruch und Wasserjucht leidende Gelehrte war so schwach, daß er sich nach dem teuflischen Wiberwul nicht mehr erheben konnte, sondern vom Boden aufgehoben und von den Mönchen in seine Kerkerzelle zurückgetragen werden mußte. Bis zu seinem am 8. Juni 1642 erfolgten Tode blieb Galilei in der Villa Arcetri bei Florenz — wie uns sein Besucher John Milton bezeugt — unter strenger Bewachung der Inquisition. Die Professoren der Florentiner Hochschule erweisen sich ihres großen Vorbildes würdig. Der Historiker G. Salvemini nahm ungeschuldigweise

schwere Mißhandlung und Einkerkelung, Absehung und Ergil auf sich. Ihm folgt jetzt der Philosoph Carlo. Die in Mailand versammelten Philosophen hatten nahezu einstimmig (gegen den Protest des Faschisten Corini aus Pisa) die Tagesordnung angenommen: „Am Rande der Freiheit der Forschung und der besten Tradition in der italienischen Wissenschaft protestiert der 6. nationale Kongress für Philosophie gegen einen Akt der Bergewaltigung, der verabschiedet, die Ausübung der Philosophie und das Leben des Geistes zu hemmen.“ Auf telegraphische Weisung aus Rom verließ dafür der Gelehrte Rangialli den Philosophen ausgedehnt die Räume der Mailänder Universität; gleichzeitig ist gegen Carlo und vierzehn Kollegen das Disziplinarverfahren auf Amensfassung eröffnet worden. Auch der ehemalige Arbeitsminister Arturo Labriola verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Neapel. Kaiser Domitian verbannte alle Philosophen als „durchaus unnütze und schädliche Geister“ aus der Hauptstadt, — und gleichwohl steht heute noch die Reiterstatue des Philosophen Marc Aurel auf dem Kapitol zu Rom.

Ein Kulturfilm-Theater. An die Berliner Filmkunstfreunde wendet sich ein neues, von der Ufa ins Leben gerufenes Unternehmen. Am 30. d. M. wird das U. L. Kurfürstendamm Bilden Abschied von seinem bisherigen Spielbetrieb nehmen, um am 1. Mai als „Bühne der Berliner Filmkunstfreunde“ wieder eröffnet zu werden. Das neue Kulturfilm-Theater am Kurfürstendamm wird kein Kino im herkömmlichen Sinne sein. Der Spielplan wird eine Mischung von Spiel- und Kulturfilm darstellen. Das Programm wird halbwochenlich wechseln, so daß also mindestens neun Programme im Monat geboten werden. Von der Leinwand herab werden Spielfilme geühen, die vor Jahren entweder berechtigtes Aufsehen erregt haben oder wegen ihres überhöhen Kunstwertes unverständlich ins Filmlager zurückwandern mußten. Also nicht nur Kulturfilme, sondern Filmkunst überhaupt, hier und wieder mit einleitendem Vortrag, immer mit musikalischer Illustration, Kulturfilme mit und ohne wissenschaftlichen oder populären Vortrag, aber immer nur Filme ohne störendes Plakat und grunfsächlich nur geistig und eifsch hochwertige Filme.

Die Ufa will Filmkunstfreunde in einer ganz neuen Art organisatorisch zusammenfassen, und zwar durch eine übertragbare Kabartkarte, die sich auf normale Eintrittspreise aufbaut und dem regelmäßigen Besucher erhebliche geldliche Vorteile gewährt.

Der Symphonie-Verein (Dirigent: Prof. Leo Schraftenholz) veranstaltet am Donnerstag, den 28. April in der Coschale sein II. Konzert. Zur Aufführung gelangen Beethovens „Symphonie“ „Eroica“, das Tello-Konzert von Dvorak und die C-moll-Symphonie von Brahms.

Schließlich Schlußausnahme am 1. Mai als Tonio in „Sajassi“ seine Tätigkeit in der Staatsoper wieder auf.

Ein internationaler Kongress für Vererbungswissenschaft in Berlin. Auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft hat der Internationale Ausschuß zur Vorbereitung des nächsten Vererbungskongresses einstimmig beschlossen, daß der Kongress in der zweiten Hälfte September 1927 in Berlin stattfinden soll.

Neue Schlichtung. In der heutigen „Neuen Berliner“ liest man wörtlich: „Das nächste Trommelfeuer, das Brot Wehmut gegen die Außenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann dieser Tage vom Stapel gelassen hat.“

Luther über Deutschlands Wirtschaft.

Eine Rede vor dem Industrie- und Handelsstag.

Im Plenarsitzungsfaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates begann heute vormittag die Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelsstages. Reichsminister Dr. Luther führte in einer Ansprache aus:

„Wenn wir heute die allgemeinen Zustände in Politik und Wirtschaft mit den Verhältnissen bei Kriegsende, sowie bei Beendigung des Ruhrkampfes vergleichen, so sehen wir, daß sich in einer verhältnismäßig nicht langen Zeit

die Lage Deutschlands erheblich verbessert

hat. Dieser Feststellung steht allerdings die Kollage der deutschen Wirtschaft gegenüber, die uns zeigt, daß wir von einer wirklichen Genesung noch weit entfernt sind. Die Erwerbslosenziffern sind erschreckend; dazu ist die Eingliederung Deutschlands in das Weltwirtschaftsgetriebe noch lange nicht in dem Maße erfolgt, wie es notwendig ist. Um die uns auferlegten Lasten abzutragen und die aus unserer Verschuldung entstandenen Zinsverpflichtungen abzudecken, brauchen wir eine aktive Handelsbilanz. Es hat sich in der letzten Zeit unverkennbar eine Verschiebung der Handelsbilanzverhältnisse ergeben. Seit Ende 1923 ist unsere Ausfuhr im Steigen. Daneben besteht die Tatsache, daß Deutschlands Anteil am Weltmarkt, der 1913 ein Viertel betrug, 1923 nur noch ein Vierzehntel ausmachte. Dazu kommt, daß die Ziffern der Erwerbslosen und Kurzarbeiter eine Höhe erreicht haben, die den entsprechenden Zahlen bei Beendigung des Ruhrkampfes und während der Nachwirkungen der Inflation nicht viel nachstehen. Es muß auch festgestellt werden, daß in anderen Jahren sich zu dieser Zeit eine weit sichtbare Besserung der Arbeitsverhältnisse gezeigt hat. Dennoch wäre es das Verfehlteste, angesichts dieser Zahlen optimistisch zu werden. Wir können jetzt aber in dem Bewußtsein an die Arbeit gehen, daß wir nicht mehr auf Sand bauen, daß die wirtschaftliche Genesung beginnt, wenn nicht unvermutet neues Unheil eintritt. Die Anzeichen dafür sehen wir in den

Zunahme der Sparfähigkeit

ohne die kein Wiederaufbau möglich ist, in dem Wachsen der Sparanlagen und Bankdepotiten, in dem vermehrten Absatz von Bausparbriefen. Es ist heute die Stunde gekommen, wo von der Wirtschaft jede nicht unbedingt erforderliche Unkostenbelastung genommen werden muß. Die Reichsregierung begrüßt daher jede Senkung der Zins- und Provisionsätze, und hofft, daß auf diesem Wege weitergeschritten wird. (Beifall.) Den Gefahren der

Aufwertungsbestrebungen, die völlig unerfüllbar

sind, ist seitens der Reichsregierung durch einen Gehehntwurf entgegengetreten worden. Das Ziel, ruhige Verhältnisse zu schaffen, ist Leitlinie der Regierungspolitik in der Innen- und Außenpolitik, damit auch das ausländische Kapital sich bereit findet, für unseren Wiederaufbau tätig zu sein. So umstritten die einzelnen Probleme auch sind, so kann ich doch feststellen, daß im letzten Jahre

wichtige Fortschritte in der Befriedung Europas

gemacht worden sind. Als ich im vorigen Jahre an dieser Stelle sprach, war das Ruhrgebiet und die erste Rheinlandzone entgegen den uns gemachten Versprechungen noch besetzt, während sie heute frei sind. Auch die Verhandlungen in Genf gehen trotz des noch nicht erfolgten Beitritts Deutschlands zum Völkerbund weiter, und mit dem inzwischen abgeschlossenen

Vertrag zwischen Deutschland und Rußland ist ein weiterer erheblicher Fortschritt auf der Bahn der friedlichen Zusammenarbeit

in Ergänzung der Verhandlungen von Locarno erzielt worden. Hinsichtlich dessen, was der Staat für die Wirtschaft tun kann, dürfen wir natürlich nicht in die Fehler der Vorkriegszeit zurückfallen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland, das große Gebiete verloren hat, nach Möglichkeit eine Stärkung des inneren Marktes erstrebt. Wie notwendig eine Stärkung der Landwirtschaft ist, dafür hat die vorige Ernte den Beweis geliefert. Die Absicht der Reichsregierung, der Landwirtschaft nach Möglichkeit zu helfen, will ich an dieser Stelle nochmals unterstreichen. Gleichzeitig müssen wir aber alles tun, um uns in den weltwirtschaftlichen Waren-austausch so stark wie möglich einzufügen, und zwar durch

Handelsverträge, durch internationale Verständigung und durch private Verständigungsmöglichkeiten.

Den Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz ist vom deutschen Standpunkt bester Erfolg zu wünschen. Die notwendigsten Verständigungsbestrebungen sind, beweist das Beispiel der Kohle, deren Produktionsmöglichkeiten außerordentlich gesteigert worden sind.

Die berechtigten Wünsche der beteiligten Wirtschaftskreise müssen oft zurückgedrängt werden im Gedanken an die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes. Deshalb richte ich an dieser Stelle die dringende

Bitte an die Wirtschaft, den Sorgen der deutschen Landwirtschaft in jeder Weise Rechnung zu tragen.

Unser Hauptziel bleibt die Erhöhung des Warenaustausches zur Befriedigung der Wirtschaft der Welt und damit auch Deutschlands. In erster Linie wird unsere Aufgabe aber immer die Pflege der Qualität sein. Die Reichsregierung ist vor allem bemüht, in Rußland gemessenermaßen eine industrielle Ausrüstung und damit neue Absatzgebiete für die deutsche Industrie zu schaffen. Die Verhandlungen über die Finanzierung dieser Aufträge werden hoffentlich bald abgeschlossen sein. Grundsätzlich noch bedeutungsvoller wird vielleicht die Beteiligung des Reichs an der Förderung des deutschen Exports sein, der nach aller Tunschaft gesteigert werden soll. Ebenso selbstverständlich ist es, daß dies nicht durch

unbegründete Hochhaltung der Inlandpreise

geschehen darf. Das Reich hat sich zu einer Steuerentlastung bis an die Grenze des Möglichen entschlossen. Diese Aktion wäre vielleicht durchgreifender gewesen, wenn die Realsteuern gesenkt worden wären, die jedoch der Zustandigkeit der Länder unterstehen. Immerhin handelt es sich fast um eine halbe Milliarde Steuern, die entweder in Preisentlastungen zum Ausdruck kommen oder

als Betriebsmittel der Wirtschaft verbleiben wird.

Sehr stark belasten uns noch die öffentlichen Verwaltungskosten, die überall auf die Möglichkeit einer Verringerung nachgeprüft werden müßten. Daneben ist auch eine Verringerung der Verwaltungsaufgaben notwendig.

Reichsminister Dr. Luther kam dann auf die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Arbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sprechen, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch gegenseitige Verständigung die meisten Streitpunkte gelöst werden könnten, wenn erst möglichst allen Volksgenossen Arbeit gebracht werden sei. Allerdings werde sich diese Verständigung auf parteipolitischen Wege kaum erreichen lassen (1), wie es überhaupt segensreich wäre, wenn gerade von der Wirtschaft die Verständigungsbestrebungen im deutschen Volke ausgingen. Die Preisentlastungsaktion der Reichsregierung, so sehr er fort, hätte zwar nicht uneingeschränkt Beifall gefunden, sei aber trotz gelegentlicher Preissteigerungen auf einzelnen Gebieten keineswegs erfolglos geblieben. Er schloß mit den Worten: Es geht zwar nur langsam und schrittweise vorwärts, aber zweifellos auf hoffnungsvoller Bahn!

Tagesblau von Kalkutta. Am 27. April wurden bei den sich täglich wiederholenden Feindseligkeiten in Kalkutta, die dem Konflikt zwischen Hindus und Muslim entspringen, 14 Personen getötet und 50 verletzt. Die Polizei ging mit Maschinen-gewehren gegen die Ruhestörer vor.

Auftakt im Schulgarten.

Seider noch nicht alle Groß-Berliner Volksschulen, aber doch schon eine größere Anzahl, gewöhnlich mehrere vereint, haben dank der Fürsorge der Bezirksämter ihren eigenen Schulpflanzgarten außerhalb des Schulgebäudes. Gleich nach den Osterferien hat wieder das große Bienen und Zulassung zum selbständigen Pflanzen oder richtiger zum Pflanzenlernen begonnen. Für einige tausend Beete kann natürlich nur eine ebenso große Minderzahl von sich meldenden Kindern zugelassen werden, deren Auswahl nach einem bestimmten System geschieht. Mit der Zeit haben ja die die Aufsicht führenden Lehrer und Lehrerinnen herausgefunden, welche Kinder durch ihre besonderen Eigenschaften, Gesundheitszustand, soziale Lage der Eltern den Vorrang beanspruchen dürfen. Deshalb spricht jetzt auch der Schularzt ein Wort mit und weist auf geeignete Kinder hin. Hier und da ist auch der kleinen Sonderklasse für geistig zurückgebliebene Kinder, die an Gartenarbeit meist viel Gefallen empfinden, ein eigenes Pflanzfeld zugewiesen. Beim ersten Antritt mit Hacke und Spaten harret der Lehrer und Kinder in jedem Frühjahr eine unangenehme Erscheinung. Unberufen sind in die während des Winters verlassenen und abgeschlossenen Schulgärten eingedrungen, haben die Zäune zerstört, die Rasenröhren zertrampelt und manches schon hübsch gewachsene Bäumchen beschädigt oder vernichtet. Dazu ist ein Schulpflanzgarten nicht da, wenn man auch sonst der Jugend alle möglichen Freizeiten zugänglich machen soll. Die Bezirksämter müssen dann immer wieder zur Beseitigung der Schäden in den Beutel greifen und können das Geld hierfür besser anwenden, um beispielsweise bedürftige Kinder mit Auskaufpflanzen zu versehen. Überall wird jetzt von den jungen Knaben tüchtig geschäft beim Umgraben, Schmutzbeiseigen, Abstecken der Beete und Dingen. Ohne Fleiß auch hier kein Preis. Wer den erst nach der Resolution eingerichteten Schulpflanzgärten keinen oder nur geringen Wert beimessen will, hat für das Jugendwohl, dem alle verfügbaren Mittel und Wege offenstehen müssen, nicht das richtige Verständnis. Es ist schon ein großer Vorteil, wenn auf diese Weise wochentäglich einige tausend Kinder mehrere Stunden lang ohne Zwang den Gefahren der Großstadtstraße entzogen werden.

Dachstuhlbrand in der Friedrich-Wilhelm-Straße. Menschenleben in Gefahr.

Zu einem größeren Feuer wurden gestern nacht gegen 12 Uhr fünf Lösckzüge der Berliner Feuerwehr nach dem Hause Friedrich-Wilhelm-Straße 6, in unmittelbarer Nähe der Hertules-Brücke gerufen, wo der Dachstuhl des Duergebäudes in Flammen stand. Gleichzeitig mit der Feuermeldung erging der Alarm „Menschenleben in Gefahr“. Unter Leitung des Branddirektors Blöter und der Bauräte Berg, Spohn und Lindner — auch Oberbranddirektor Gemppe war erschienen — wurde mit fünf C-Rohren und einem B-Rohr über die Treppenhäuser und über eine mechanische Leiter gegen das Flammenmeer vorgegangen. Das Feuer muß bereits längere Zeit gewütet haben, denn bereits nach dem ersten Lösckangriff loderten auch im rechten Seitenflügel, wohin das Feuer übergegriffen hatte, aus den Bodenluken die Flammen heraus. Durch die starke Rauchentwicklung bestand für die im 4. Stockwerk wohnenden Mieter große Erstickengefahr. Es gelang aber, die Bewohner über die stark verputzten Treppen glücklich ins Freie zu bringen. Einem Raker, der im vierten Stock wohnt, und dem der Weg über die Treppe durch den Qualm abgeschnitten war, gelang es, sich über das Dach hinweg in Sicherheit zu bringen. Erst gegen 1 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Nachdem zwei Ablösckzüge eingetroffen waren, konnte mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Der Dachstuhl des Duergebäudes und ebenso der des rechten Seitenflügels sind zum größten Teil vernichtet. Die Entstehungsursache konnte bisher noch nicht geklärt werden. Ebenso ist die Höhe des angerichteten Schadens noch unbekannt. Trotz der späten Nachtstunden, in der das Feuer ausbrach, hatten sich viele Zuschauer eingefunden, die die Zugangsstraßen besetzt hielten. Ein Schupoaufgebot riegelte aber die Brandstelle ab und hielt die Ordnung aufrecht.

Großer Dachstuhlbrand im Grunewald.

Im Hause Königstraße 28 im Grunewald kam heute mittag kurz nach 11 Uhr im Dachstuhl des Hauses aus bisher noch unbekanntem Grund Feuer aus. Auf den Alarm eilten drei Lösckzüge an die Brandstelle, die mit vier Rohren gegen das Feuer vorgegangen. Bei Redaktionschluss dauerte das Feuer, das eine große Ausdehnung gewonnen hat, noch an.

Spritschieber und bestechliche Beamte.

Das Urteil im kleinen Spritschieberprozeß.

In dem sogenannten kleinen Spritschieberprozeß verurteilte nach zehntägiger Verhandlung das Schöffengericht Wedding den Zollsekretär Becker wegen Bestechung, Amtverbrechens und Monopolvergehens zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust sowie zu 26 000 M. Geldstrafe; den Zollbeamten Mantzen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 165 000 M. Geldstrafe; den Zollbeamten Krause zu 4 Monaten Gefängnis; den schuldigen Beamten wurde auch die Fähigkeit zur Befeldung öffentlicher Ämter auf längere Zeit abgesprochen. Der Hauptschuldige bei den Spritschiebungen, Rädig, erhielt wegen Bestechung und Monopolverweigerung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 250 000 M. Geldstrafe; der Kaufmann Weber 5 Monate Gefängnis und 250 000 M. Geldstrafe; ferner der Angeklagte Leitzinger wegen Beihilfe 3 Monate Gefängnis und 85 000 M. Geldstrafe. Von den übrigen 11 Angeklagten wurde ein Teil freigesprochen, die anderen wurden teilweise in recht empfindliche Geldstrafen genommen.

Noch ein Sonderzug nach Guben!

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, haben sich die zuständigen Reichsbahndirektionen Berlin und Ostern entschlossen, den Sonntagssonderzug IV. Klasse mit 33 1/2 Proz. Fahrpreisermäßigung, der bereits am 25. April etwa 1000 Teilnehmer nach Guben brachte, infolge des guten Ergebnisses am 2. Mai zu wiederholen. Der Zug fährt ab Charlottenburg 6.22 morgens, ab Bahnhof Zoologischer Garten 6.29, ab Bahnhof Friedrichstraße 6.42, ab Bahnhof Alexanderplatz 6.50, ab Schleißer Bahnhof 7.00, an Guben 9.28 morgens. Die Rückkehr erfolgt ab Guben 9.28 abends, an Schleißer Bahnhof 12.12 nachts, an Bahnhof Alexanderplatz 12.26, an Bahnhof Friedrichstraße 12.33, an Bahnhof Zoologischer Garten 12.45 und an Charlottenburg 12.52 nachts. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt betragen ab Berlin-Stadtbahn 6 M., ab Fürstenwalde/Spree 3.80 M. — Der Fahrkartenerwerb beginnt am Donnerstag morgen und erfolgt nur bei der Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Friedrichstraße sowie im Mitteleuropäischen Reisebüro, Potsdamer Bahnhof.

Bei den persischen Studenten.

Am Sonntag fand in Teheran in Persien die Krönung Riza Khans als Schah von Persien statt. Der thronkrönende Pompakt des persischen Gewalthabers war sozusagen der offizielle Schlußpunkt hinter einer seit etwa fünf Jahren bestehenden Machttafche. Im Jahre 1921 gelang es Riza Khan durch einen Staatsstreich das Heft in die Hand zu bekommen. Er betätigte sich, wie die Bulletin melden, als „energischer Reorganisator“ und „erfolgreicher Unter-

drücker“ infolge Unruhen. Aus Anlaß des Krönungstages hatte die Gruppe der persischen Studenten in Berlin zu einer Protestkundgebung gegen den reaktionären Staatsstreich in Persien und das Blutbad in Schiras (Militärfeuer gegen oppositionelle Demonstranten) aufgefordert. Die Repräsentanten der orientalistischen Organisationen waren eingeladen. Die Veranstaltung ergab die entschiedenste Opposition der persischen Studentengruppe gegen Riza Khans Machenschaften und ein entschiedenes Bekenntnis zum sozialen Fortschritt. Die Gruppe plädiert für ein Verbleiben auf autonomer Grundlage.

„Deutschlands Not und Rettung.“

Winn Heller, Führer der christlich-sozialen Reichspartei und Herausgeber der Wochenchrift „Neues Volk“, der vor wenigen Jahren schon der partikularistisch-reaktionär-monarchistischen Politik der Bayerischen Volkspartei die Befolgung auftrug und eine Gruppe „für radikalsoziale und radikalchristliche Politik“ in Würzburg konstituierte, sprach in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Kochstraße über „Deutschlands Not und Rettung“ vor einem recht zahlreichen Publikum. Wenn auch manches, was Heller ausführte, recht abstrakt und leichten Endes viel zu unpolitisch gesehen war, so muß man vor dem entscheidenden sozialen Ethos dieses aufrechten und konsequenten christlichen Linkstrepublikaners alle Achtung haben. Winn Heller ist sicherlich ein Begenosse, mit dem sich, trotz kultureller Gegensätze, in zahlreichen Dingen sehr viel gemeinsam schaffen läßt. Wohlwollend berührt sein tapferer Pazifismus, den er aus der christlichen Glaubenslehre herleitet. Zu Beginn des Vortrags ging Heller auf den Locarno- und den Östvertrag ein, deren praktischen Auswirkungen er skeptisch gegenübersteht. Solange der Geist der Nationen militaristisch und nationalistisch sei, bliebe alle Vertragspolitik nur Deckungs- und Bündnispolitik einzelner Mächtegruppen gegeneinander. Nicht die Außenpolitik ist nach Heller für uns zurzeit primär, sondern die Innenpolitik. Was zu bewirken wäre. Sehr heftig wandte sich der Redner gegen den Militärretai, der bei einer Arbeitslosenziffer von fast zwei Millionen mit 500 Millionen Mark an das Militärbudget von 1913 heranreicht. Für 784 000 Kriegsschadigte nur einige hundert Millionen Mark — für den dringend notwendigen Wohnungsneubau 200 Millionen Kredit, und für die sinnlose Soldatenpfelei eine halbe Milliarde; 48 Millionen für Munition! Das ist insofern für den Geist unserer Militärbureaucratie. Mit überzeugenden Worten wandte sich Heller gegen die Fürstenforderungen und ersäuterie aus christlicher Ideologie heraus die gebieterische Notwendigkeit des Volkseinkaufs als Fürsteneinkauf. Einen breiten Raum nahm die soziale Frage in Hellers Vortrag ein, auch den Fremdenkomplex ließ der Redner nicht unbelichtet. Reichsgesundheitswochen schafft man nicht durch Ausstellungen, sondern durch soziale Taten. Die Schulpolitik der schwerindustriellen Regierung war ein Risiko, die Arbeitslosenziffer ist durch die Inflationität der Luther-Regierung chronisch geworden. Wir dürfen weder Rechtspolitik, noch eine Politik der Mitte, sondern müssen entschiedene Links-politik treiben.

Konzert für Erwerbslose.

Der große Saal des „Orpheums“ in der Hakenheide war überfüllt. Der Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer „Typographia“ gibt unter seinem Chorleiter Alexander Weinbaum ein Konzert für die Erwerbslosen. Begeistert folgt die große Schar der Zuhörer, und tief empfunden ist der Dank, den ein Erwerbsloser dem Chor und dem Solisten Josef Wolfthal, dem ersten Konzertmeister der Staatsoper, ausspricht. Die Chöre klingen machtvoll, der Ton fällt den großen Saal, wächst und wird belnahe zu groß für den Raum. Weinbaum schattiert die Stimmen virtuos, dämpft, deckt ab und läßt sie zu größter Intensität anschwellen. Der Chor singt Volkslieder, Chöre und das Lied des Steuermanns aus Wagners „Niederer Holländer“. Der Beifall wächst nach jeder Darbietung. Josef Wolfthal spielt Bagatellen, Tariten, Klavier, einen ungarischen Tanz von Brahms und ein Wiener Volkslied in der Bearbeitung von Kreisler, pernorm, ruhig, mit hellem Strich, sein Instrument hat einen prachtvoll sonoren Ton. Wolfthal spielt kein großes Konzert, aber Stücke, die zünden und den Begeisterten mehr geben, als ein großes Violinkonzert von Mozart. Besthaben oder Mendelssohn. Weinbaum ist ein anpassungsfähiger, lezenter Begleiter. Es wäre münchenswert, wenn auch andere Chöre dem Beispiel der „Typographia“ folgen würden.

Gestern abend veranstaltete der „Volksthor Westen“ sein erstes Werkkonzert in der Aula der Gemeindefschule Hohenstauffenstraße. Der Chor ist Anfang Oktober vorigen Jahres gegründet worden und zählt heute etwa vierzig Mitglieder. Da im Westen keine Volkschöre bestanden, erscheint diese Gründung als Notwendigkeit, und es wäre zu wünschen, daß die Mitgliederzahl sich bald vervielfältigen möge. Hauptsächlich will sich der Chor der Pflege des Volksliedes widmen. Schon heute kann man feststellen, daß der Dirigent sehr gut die Stimmen ausgleichend und den Chor im Tempo geföhrt hat. Mängel in der Rhythmisierung sind auf die kurze Übungszeit zurückzuführen. „Preis der Liebsten“, „Dein Herzlein mild“ und „Es fiel ein Reil“ klangen rein und ausgefüllt im Vortrag. Hoffentlich gelingt es bald, den Chor als vollwertig den anderen Chören des DASS. gleichzustellen.

Der männliche Sommerhut.

Das „Rodeant der Hut- und Mützenbranche“ lud zu einer Besprechung des löblichen Vorhabens ein, der Herrenhutbranche durch einen sogenannten „Strohhattag“, der in nächster Zeit stattfinden soll, ein wenig auf die Beine zu helfen. Die Gefahr der Sommerzeit und der damit verbundenen großen Wehrheit der „unbehüteten“ Männer macht ihnen Sorge und sie wollen alles daransetzen, den Hutmachern nach Kräften beizustehen. Selbstverständlich teilt das Hutmachergewerbe sein Schicksal des schlechten Geschäftsganges mit allen anderen Branchen und man kann es verstehen, daß jede Junst bestrahlt ist, wieder etwas hochzukommen. Die Hauptaufgabe des Rodeaments (die Bezeichnung klingt etwas stark bürokratisch) besteht darin, die von den verschiedenen Fabrikanten vorgelegten Muster zu prüfen und daraus die nach ihrer Ansicht besten Fabrikate auszuwählen und auf den Markt zu bringen. Die Art der Reklame soll bereits im Zustande vielfach Nachahmung gefunden haben, was die Hutmacher nicht als Konkurrenz, sondern als gutes Omen betrachten. Man ist versucht zu bemerken: Der Herr behüte euch, oder besser gesagt, jeder Herr „behüte“ sich!

Der Skarz-Prozeß. In dem Betrugprozeß gegen den Kaufmann Heinrich Skarz stellte der Angeklagte, nachdem die Verteidiger ihre Verteidigungsreden, die auf Freisprechung hinauszielten, beendet hatten, noch eine ganze Serie von Beweisanträgen, die in nicht weniger als 150 Punkten neue Beweismittlungen forderten. Das Gericht wird seine Stellungnahme zu diesen neuen Anträgen zugleich mit der Urteilserklärung, die vom Amtsgerichtsrat Refner auf Sonnabend mittag anberaumt worden ist, bekanntgeben.

Zwei schwere Explosionskatastrophen. Am Dienstag vormittag ereignete sich in den Staatlichen Pulverfabriken in Leoben in Oesterreich eine schwere Explosion, durch die das Mißgeschick in die Luft flog. Zwei Arbeiter wurden getötet. Die gestürzten Leichen fand man in einer Entfernung von 40 Metern von der Explosionsstätte. — Wie aus Dattland (Bereinigte Staaten) gemeldet wird, explodierten bei Sprengungsarbeiten 1500 Pfund Dynamit, wodurch vier Arbeiter tödlich in Stücke gerissen wurden.

Zugzusammenstoß in Belgien. In der Nähe von Antwerpen sind zwei Arbeiterzüge zusammengestoßen. 50 Reisende sind verletzt worden, davon 15 schwer.

Gewerkschaftsbewegung

Eine längst fällige Ratifizierung. Kinderarbeit in der Landwirtschaft.

Es wird gegenwärtig viel von dem Schutze der landwirtschaftlichen Kinderarbeit geschrieben und gesprochen. Dabei erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß bereits die 3. Tagung des Internationalen Arbeitsamts am 25. Oktober 1921 den Entwurf eines Übereinkommens bezugl. das Alter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in der Landwirtschaft angenommen hat. Nach dem § 1 des Entwurfs dürfen Kinder unter 14 Jahren in öffentlichen oder privaten landwirtschaftlichen Betrieben oder ihren Nebenbetrieben nur außerhalb der für den Schulunterricht bestimmten Stunden beschäftigt werden. Diese Beschäftigung darf jedoch den Schulbesuch nicht beeinträchtigen. Im § 2 wird fernerhin gesagt, daß zum Zwecke praktischer Berufsausbildung die Unterrichtszeiten und die Schulstunden so geregelt werden dürfen, daß die Kinder bei leichter landwirtschaftlicher Arbeit und besonders bei leichter Erntearbeit beschäftigt werden können. Der Schulbesuch während des ganzen Jahres darf jedoch nicht weniger als acht Monate betragen.

Diese Bestimmungen sind keine Idealvorstellung. Ein Einführung in Deutschland würde aber unter den heutigen Verhältnissen einen wesentlichen Fortschritt ausmachen. Angesichts dessen erscheint es mehr als befremdend, daß sich trotz dieser Anregungen besonders von sozialdemokratischer Seite bisher keine Reichsregierung gefunden hat, die den Mut zur Ratifizierung des erwähnten Übereinkommens besitzt. Sollte sich auch in dieser Frage wieder die verhängnisvolle Rolle der Bureaucratie des Reichsernährungsministeriums bemerkbar machen, von der bekannt ist, daß sie alle arbeiterfreundlichen Maßnahmen unterbindet, dafür aber die Politik des Reichslandbundes zur Richtschnur des Handelns nimmt?

Kraftwerk Rummelsburg und Bauarbeiterstreik. Wieder zwei schwere Totschüsse.

In der Nacht zum 28. April ereignete sich um 2 Uhr auf dem Kraftwerk Rummelsburg ein schwerer Brand bei der Eisenkonstruktionsfirma Duchow. Zwei Arbeiter dieser Firma waren am Vorabend damit beschäftigt, durch einen Flöschungszug schwere Werkstücke in die Höhe zu heben. Wöglich zerbrach die eiserne Reite des Flöschungszuges, weil sie der schweren Belastung nicht gewachsen war. Der Flöschungszug brach infolgedessen zusammen und ritz zwei Arbeiter in die Tiefe. Beide wurden sehr schwer verletzt in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Lichtenberg eingeliefert.

Von der städtischen Baupolizei ist jetzt tagsüber ständig ein Bontenkoller auf dieser Baustelle postiert. Es wird indessen notwendig, daß auch nachts für die ordnungsgemäße Überwachung gesorgt wird. Vor allen Dingen notwendig ist jedoch, daß die Eisenkonstruktionsfirmen zuverlässiges Material für die dortige Arbeit zu liefern haben. Die Leichtfertigkeit, mit der dort die Arbeiter ohne jede Schutzvorrichtungen ausgeübt wird, ist einleuchtend jeder Bekandtheit. Die Arbeiterschaft hat das Recht, von den Firmen zu verlangen, daß die Unfallverhütungsmaßnahmen durchaus beachtet werden.

Lohnkonflikt in den Berliner Brauereien. Vorbereitung über einen Streik.

Seit 1. Januar besteht für die Brauereiarbeiter kein festes Lohnabkommen mehr. Der Lohnstarif war von den vertragschließenden Arbeiterorganisationen zum 31. Dezember gekündigt und eine Erhöhung der Löhne gefordert worden. Da die Unternehmer fehlerhaft jede Lohn-erhöhung mit der Begründung ablehnten, infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, der Senkung der Anreizzahl und der großen Arbeitslosigkeit dazu nicht in der Lage zu sein, beschloßen die Funktionäre, ohne festen Tarif weiter zu arbeiten.

Am 13. April wurde auf Beschluß der Funktionäre den Brauereiarbeitern erneut eine Forderung unterbreitet, in der die Erhöhung sämtlicher Löhne um 7 Mark pro Woche gefordert wurde. Darauf antworteten die Unternehmer mit einem Schreiben, in dem es u. a. wie folgt heißt:

„Die Beratung innerhalb des Vereins und der Tarifgemeinschaft der Berliner Brauereien über diese Forderung haben zu der Feststellung geführt, daß eine Lohn-erhöhung angesichts der weiteren Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die Lage der Brauereiarbeiter im Verhältnis zu den Anreizen und Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer anderer Industriezweige nicht begründet werden kann.“

Wir vermögen uns daher von Verhandlungen der beiderseitigen Tarifkommissionen einen Erfolg nicht zu versprechen.“

Zu dieser platten Ablehnung ihrer Forderung wie überhaupt jeder Verhandlung nahmen die Funktionäre gestern abend im Rosenhofer Hof Stellung und beschloßen einstimmig, so schnell wie möglich in den Betrieben eine Urabstimmung über Streik oder Weiterarbeit zu den jetzigen Löhnen vorzunehmen. Sollten die Berliner Brauereien, deren Dividendenausstattungen beweisen, daß sie sehr wohl in der Lage sind, den berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen Rechnung zu tragen, nicht noch in letzter Stunde ihren abfälligen Standpunkt aufgeben, so dürfte es zu einem schweren Konflikt in den Brauereien kommen.

Die Tätigkeit der Berliner Holzarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat vor einigen Tagen über ihre Tätigkeit im Vorjahre einen gedruckt Bericht herausgegeben, auf 126 Seiten ist darin in übersichtlicher Form nicht nur die Tätigkeit der engeren Verwaltung, sondern auch der einzelnen Kommissionen und Branchen festgehalten. Aus dem gedruckt zusammengestellten Tabellenmaterial seien hier nur einige kurze Auszüge wieder-

gegeben. Durch den zehntägigen Streik der Roffermacher wurde eine Erhöhung des wöchentlichen Durchschnittsverdienstes von 36,80 auf 50,60 M. erzielt. Durch die Streiks der Ristenmacher und Bodenleger erhöhte sich der Durchschnittsverdienst von 41,40 M. auf 48,30 M. bzw. von 64,40 M. auf 71,30 M. Die Auswirkung des Organisationsverhältnisses auf die Lohngestaltung zeigt am besten der Gegenstoß zwischen der gut organisierten Branche der Bodenleger und den schlecht organisierten Roffermachern. Die Bodenleger steigerten ihren Lohn von 115 M. am Anfang des Jahres auf 155 M. am Schlusse des Jahres, das sind 34,78 Proz. Die Roffermacher hatten am Anfang des Jahres 70 M., und am Schlusse des Jahres 77 M. Lohn, das ist eine Steigerung um nur 10 Proz. Weitere Tabellen geben Aufschlüsse über die Tätigkeit der Kontrollkommission, der Mitgliederbewegung im allgemeinen und in den einzelnen Branchen, die Wochenzahlen der Arbeitslosen und Kranken während des Jahres sowie der Tätigkeit des Arbeitsnachweises. Zum Schluß sind die Einschreibungs-, Abstempelungs- und Vermittlungszeiten der einzelnen Branchen auf dem Arbeitsnachweis und die wichtigsten Adressen von Behörden und der Berliner Jahrtstellen aufgeführt. Jedenfalls ist das Buch ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Mitglieder und Funktionäre des Holzarbeiterverbandes, die ein Interesse an den Vorgängen innerhalb ihrer Organisation und an ihrem Ausbau haben. Es wird an die Mitglieder unentgeltlich im Bureau der Ortsverwaltung abgegeben.

Ein frommer Wurfabrikant.

Dem Zentralverband der Fleischer wird und geschrieben: Herr Paul Skopin, Inhaber einer Wurfabrik in Lichtenberg, Taddorfer Str. 9, ist allgemein als sehr frommer Mann bekannt. Damit ist jedoch seine bedauerliche Weigerung, einen ihm von der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte überwiesenen arbeitslosen Fleischergehilfen einzustellen, nicht recht in Einklang zu bringen. Der Mann, der seine Gefelien bis über 60 Stunden pro Woche beschäftigt, hat angeblich keine Arbeit für einen Kriegsbeschädigten, was von Kundigen hart bezweifelt wird. Damit stellt sich der Fleischer Skopin in die Reihe der sogenannten „ehrbaren“ Fleischermeister, mit denen die Fleischerinnungen keinen Staat machen können.

Der pfändungsfreie Teil des Lohnes.

Die Frage, ob von dem pfändungsfreien Teil des Lohnes Steuern und Versicherungsbeiträge abgezogen werden dürfen, unterlag der Beurteilung der Kammer 7 des Gewerbegerichts aus Anlaß des folgenden Falles.

Ein Arbeiter hat Alimonte zu zahlen, die der Arbeitgeber auf Grund eines Gerichtsbeschlusses vom Lohn einzubehalten und der Alimontenempfängerin auszusuchen hat. Das Gericht hat den pfändungsfreien Teil des Lohnes dieses Arbeiters auf 28 Mark für die Woche festgesetzt. Er verdient 31 Mark, also wurden ihm 3 Mark zugunsten der Alimontenempfängerin einbehalten. Von den 28 Mark hat der Arbeitgeber die Steuern und Versicherungsbeiträge abgezogen. Der Arbeiter hält das für unredlich. Er ist der Meinung, die pfändungsfreien 28 Mark stellen sein durch Gerichtsbeschluss anerkanntes Existenzminimum dar und dieses müsse ihm unverkürzt verbleiben.

Er fragte daher beim Gewerbegericht auf Rückzahlung der abgezogenen Steuern und Versicherungsbeiträge. Das Gericht trat der Auffassung des Klägers bei und verurteilte den beklagten Arbeitgeber, diese Abzüge zurückzugeben.

Verbandsstag der Werkmeister.

Der Tag der Berufsfragen.

Bremen, 26. April. Der letzte Tag des Kongresses galt den Berufsfragen und dem inneren Aufbau des Verbandes. Diese Arbeiten wurden durch ein grundlegendes Referat des Verbandsvorsitzenden Buschmann-Düsseldorf eingeleitet.

Buschmann stellte den Werkmeister in seiner beruflichen und sozialen Position in den Bereich der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Betriebsmethoden. Wenden sich diese, so wirkt sich das in den Funktionen des Werkmeisters und auch in seiner sozialen Stellung aus.

Es ist charakteristisch, daß die sogenannte Rationalisierung sich besonders stark in der

Stellenlosigkeit gerade der älteren Werkmeister

auswirkt. Diese Art der Rationalisierung hat geradezu zu einer Verjüngung des Werkmeisterstandes in den Betrieben geführt. Die technische Entwicklung hat den Werkmeister aus vielen Arbeitsfunktionen verdrängt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Eigenart der deutschen Wirtschaft eine völlige Ausschaltung der praktischen Betriebserfahrung nicht zuläßt. So manche Betriebskardatol sei schon wieder abgebaut worden. Die Wirtschaft sei, bei aller Notwendigkeit der Technik und Theorie, ohne die aus der Praxis erwachsene Erfahrung des Werkmeisters nicht möglich.

Nichtig ist, daß so mancher Unternehmer selbständig denkende Werkmeister nicht liebt, aber auch der Werkmeister selbst müsse seine berufliche Bildung vermehrt pflegen. Staatliche Erhebungen des Deutschen Werkmeisterverbandes haben ergeben, daß über 90 Proz. der Werkmeister auf dem Wege der Selbstbildung zu ihrer derzeitigen Position gekommen seien.

Der „Amerikalimmel“, die Mission vom stehenden Band werde bald wieder verschwinden. Die Voraussetzung der Massenproduktion sei Massenbedarf; er könne sich unter den derzeitigen Umständen in Deutschland nicht so leicht entwickeln. Die Last der Dames-Pflicht zwingt zu qualifizierter Arbeit und zu Export.

Der Verbandstag beschloß den Monatsbeitrag von vier Mark. Der Termin für die Inkraftsetzung der neuen Unterstützungsätze wurde dem Vorstand überlassen.

Der nächste Verbandstag findet in Köln a. Rh. statt.

Die englische Kohlenkrise.

London, 28. April. (23. B.) Die Blätter melden eine Besserung der Aussichten auf Regelung des Kohlenkonflikts. Laut „Daily Express“ waren alle Parteien gestern abend optimistischer gestimmt.

Wirtschaft

Die Betriebsform des größten Binnenhafens.

Die preussische Staatsregierung hat die Absicht, aus den Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen eine Aktiengesellschaft unter Führung des preussischen Staates zu machen. Diese Absicht ist nicht neu; sie stand schon bald nach dem Kriege zur Diskussion und verdrängte sich dann zu einer Vorlage der preussischen Regierung, die indes im Jahre 1924 abgelehnt wurde. Nun hat das preussische Staatsministerium dem Staatsrat erneut einen Gesetzentwurf wegen Übertragung der staatlichen Hafenanlagen zu Duisburg an eine Aktiengesellschaft zugehen lassen.

Um welche ungeheuren Interessen und Werte es sich bei den Duisburger Hafenanlagen, bekanntlich dem größten Binnenhafen der Welt, handelt, ergibt sich aus dem Gebietsumfang, der 677 Hektar umfaßt. Die maßvollsten Leistungen des Güterumschlages werden von 116 Kränen, 169 Ladebühnen, 9 elektrischen Kruppen, 14 mechanischen Kruppen, 21 Elevatoren und 116 Speichern und Schuppen besorgt. Der Umschlag, der im Jahre 1860 nur 1,6 Millionen Tonnen betrug, stieg im Jahre 1913 auf 27,26 Millionen Tonnen. Die Befehung des Duisburger Hafens und der passive Widerstand im Jahre 1923 drückten diese Zahl auf 3,4 Millionen Tonnen herunter. In den beiden letzten Jahren haben sich die Verkehrsziffern wieder bedeutend erhöht. Der Umschlag betrug im Vorjahre 23,21 Millionen Tonnen.

Die herausragende Rolle, die die Duisburger Hafenanlagen bei der Bemächtigung des Güterumschlages im rheinisch-westfälischen Industriegebiet spielen, verlangt eine schnelle Inpassung an die besonders gegenwärtig schnell wechselnden Wirtschaftsverhältnisse. Das ist durch die bisherige Verwaltungsform des Hafenbetriebes erschwert. Deshalb beabsichtigt die preussische Staatsregierung die Gründung einer Aktiengesellschaft, in die der preussische Staat und die Stadt Duisburg ihren Hafenbesitz einbringen sollen. Das Verhältnis dieses Besitzes soll maßgebend für die Bemessung der Beteiligung sein. Hierbei würden bei einem Aktienkapital von 18 Millionen Mark etwa zwei Drittel auf den preussischen Staat und ein Drittel auf die Stadt Duisburg entfallen, und in gleichem Verhältnis soll auch die Befehung des Aufsichtsrats erfolgen; den Vorstehenden stellt Preußen, die Stadt den Stellvertreter. — Das Gesamtvermögen der neuen Aktiengesellschaft wird nicht weniger als 48 Millionen betragen. Eine private Kapitalbeteiligung ist nicht beabsichtigt, doch soll auch den Hafeninteressenten Gelegenheit zur Mitwirkung an der Verwaltung gegeben werden, und zwar durch einen von der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wevel zu wählenden Hafenbeirat.

Was die Arbeiter und Angestellten angeht, die zurzeit im Dienste der Hafenanlagen beschäftigt werden, so wird versichert, daß die Umstellung unter Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer und unter Bemeidung von Härten vor sich gehen soll. Es werden zurzeit mit den Vertretungen der Arbeiter und Angestellten neue Tarifverträge vereinbart, die dann in Kraft treten sollen. — Bemerkenswert erscheint noch der Umstand, daß das Unternehmen nicht fiskalisch betrieben werden soll. Es soll auf eine Gewinnausschüttung verzichtet werden, und die Generalversammlung soll über die Verwendung der Überschüsse nur zugunsten der Gesellschaft beschließen. Der Sitz der neu zu gründenden Aktiengesellschaft wird Duisburg sein.

Der preussische Staatsrat hat dem Gesetzentwurf zur Ausgestaltung des Duisburg-Ruhrorter Hafens zugestimmt. Der Landtag wird sich demnächst mit der Vorlage zu befassen haben.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N.-O. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Auf dem Bezirksparteitag in Chemnitz referierte Genosse Arzt über die Sachverhalte. Der Bezirksparteitag billigte den vom Bezirksvorstand verhängten Ausschluß der disziplinbrüchigen Abgeordneten und forderte weiter strengstes Eingreifen gegen jeden, der die Spaltungsabsichten der Ausschlußoffenen unterstützt. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 198 Delegierte für die Entschleunigung, 25 dagegen. Die Delegierten des 13. Unterbezirks (Mittweide) und die des 19. Unterbezirks (Schneeberg-Stollberg) stimmten geschlossen für diese Resolution, während von den Delegierten des 17. Unterbezirks (Glauchau) zwei, vom Oibernhau-Zschepauer Bezirk einer und von den Mitgliedern des Bezirksverbandes 5 dagegen stimmten; vom 16. Unterbezirk (Chemnitz-Stadt) stimmten 46 Delegierte dafür, 18 dagegen. — Die tatsächliche und grundsätzliche Haltung der „Volksstimme“ wurde gegen 20 Stimmen gebilligt. — Zum Bezirksvorstand wurde Genosse Böchel mit 171 gegen 32 Stimmen, die auf einen anderen Kandidaten entfielen, wiedergewählt.

Wahlerfolge in Hessen. In zwei kleinen Gemeinden in Hessen folgten bei der Beigeordnetenwahl (Stellvertretender Bürgermeister) unsere Kandidaten. In Sprendlingen erhielt unser Kandidat 2109 Stimmen, der Gegner 1034. In Niedererlenbach wurde unser Genosse mit 239 gegen 235 gegnerische Stimmen gewählt.

Totenliste der Partei. In Neustadt in der Pfalz verstarb im Alter von 55 Jahren unser Genosse Hermann Hartmann, ein Vorkämpfer in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Pfalz. Der Verstorbene war während einer Periode bayerischer Landtagsabgeordneter und auch eine Zeitlang Stadtrat in Neustadt.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Artur Sabernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. A. Böcher; Soziales und Genosses: Fritz Korbitt; Frauen: Ed. Glöde; Funktion in Berlin: Helmut Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 623 68, Lindenstraße 3.

18. Abteilung.
Am Montag, den 29. April, ergeht wieder langjähriger, bewährter Genosse
Wilhelm Berzowsky
Friedenstraße 17, im Alter von 72 Jahren.
Seine letzten Wünsche!
Einschreibung am Donnerstag, den 29. April, um 2 Uhr, im Krematorium Berlin-Charlottenburg, Friedhof Charlottenburg, 10. Die Beerdigung folgt.

Führer des Sozialismus
sind erschienen in
Postkarten
Karl Marx / Friedrich Engels
Ferdinand Lassalle / August Bebel / Wilhelm Liebknecht
Friedrich Ebert
Beste Ausführung / Geringer Wiederverkauf
Preis der Serie
6 Postkarten 50 Picnie
Wiederverkaufserhaltendes Material
Zu haben in allen Parteiluchhandlungen oder beim
Hansverlag Max Herzberg
Berlin SW 68, Neuenburger Str. 37

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Ferusprocher: Norden 45 25 u. 45 26 | Landhausstraße 4, Tel.: Pfalzburg 9621
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Kottbusdamm 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
Luxusausführung
In den reichhaltigen Ausführungen
- 57 - 67 - 77 - 87 - 97 - 107 - 117 - 127 - 137 - 147 - 157 - 167 - 177 - 187 - 197 - 207 - 217 - 227 - 237 - 247 - 257 - 267 - 277 - 287 - 297 - 307 - 317 - 327 - 337 - 347 - 357 - 367 - 377 - 387 - 397 - 407 - 417 - 427 - 437 - 447 - 457 - 467 - 477 - 487 - 497 - 507 - 517 - 527 - 537 - 547 - 557 - 567 - 577 - 587 - 597 - 607 - 617 - 627 - 637 - 647 - 657 - 667 - 677 - 687 - 697 - 707 - 717 - 727 - 737 - 747 - 757 - 767 - 777 - 787 - 797 - 807 - 817 - 827 - 837 - 847 - 857 - 867 - 877 - 887 - 897 - 907 - 917 - 927 - 937 - 947 - 957 - 967 - 977 - 987 - 997 - 1007 - 1017 - 1027 - 1037 - 1047 - 1057 - 1067 - 1077 - 1087 - 1097 - 1107 - 1117 - 1127 - 1137 - 1147 - 1157 - 1167 - 1177 - 1187 - 1197 - 1207 - 1217 - 1227 - 1237 - 1247 - 1257 - 1267 - 1277 - 1287 - 1297 - 1307 - 1317 - 1327 - 1337 - 1347 - 1357 - 1367 - 1377 - 1387 - 1397 - 1407 - 1417 - 1427 - 1437 - 1447 - 1457 - 1467 - 1477 - 1487 - 1497 - 1507 - 1517 - 1527 - 1537 - 1547 - 1557 - 1567 - 1577 - 1587 - 1597 - 1607 - 1617 - 1627 - 1637 - 1647 - 1657 - 1667 - 1677 - 1687 - 1697 - 1707 - 1717 - 1727 - 1737 - 1747 - 1757 - 1767 - 1777 - 1787 - 1797 - 1807 - 1817 - 1827 - 1837 - 1847 - 1857 - 1867 - 1877 - 1887 - 1897 - 1907 - 1917 - 1927 - 1937 - 1947 - 1957 - 1967 - 1977 - 1987 - 1997 - 2007 - 2017 - 2027 - 2037 - 2047 - 2057 - 2067 - 2077 - 2087 - 2097 - 2107 - 2117 - 2127 - 2137 - 2147 - 2157 - 2167 - 2177 - 2187 - 2197 - 2207 - 2217 - 2227 - 2237 - 2247 - 2257 - 2267 - 2277 - 2287 - 2297 - 2307 - 2317 - 2327 - 2337 - 2347 - 2357 - 2367 - 2377 - 2387 - 2397 - 2407 - 2417 - 2427 - 2437 - 2447 - 2457 - 2467 - 2477 - 2487 - 2497 - 2507 - 2517 - 2527 - 2537 - 2547 - 2557 - 2567 - 2577 - 2587 - 2597 - 2607 - 2617 - 2627 - 2637 - 2647 - 2657 - 2667 - 2677 - 2687 - 2697 - 2707 - 2717 - 2727 - 2737 - 2747 - 2757 - 2767 - 2777 - 2787 - 2797 - 2807 - 2817 - 2827 - 2837 - 2847 - 2857 - 2867 - 2877 - 2887 - 2897 - 2907 - 2917 - 2927 - 2937 - 2947 - 2957 - 2967 - 2977 - 2987 - 2997 - 3007 - 3017 - 3027 - 3037 - 3047 - 3057 - 3067 - 3077 - 3087 - 3097 - 3107 - 3117 - 3127 - 3137 - 3147 - 3157 - 3167 - 3177 - 3187 - 3197 - 3207 - 3217 - 3227 - 3237 - 3247 - 3257 - 3267 - 3277 - 3287 - 3297 - 3307 - 3317 - 3327 - 3337 - 3347 - 3357 - 3367 - 3377 - 3387 - 3397 - 3407 - 3417 - 3427 - 3437 - 3447 - 3457 - 3467 - 3477 - 3487 - 3497 - 3507 - 3517 - 3527 - 3537 - 3547 - 3557 - 3567 - 3577 - 3587 - 3597 - 3607 - 3617 - 3627 - 3637 - 3647 - 3657 - 3667 - 3677 - 3687 - 3697 - 3707 - 3717 - 3727 - 3737 - 3747 - 3757 - 3767 - 3777 - 3787 - 3797 - 3807 - 3817 - 3827 - 3837 - 3847 - 3857 - 3867 - 3877 - 3887 - 3897 - 3907 - 3917 - 3927 - 3937 - 3947 - 3957 - 3967 - 3977 - 3987 - 3997 - 4007 - 4017 - 4027 - 4037 - 4047 - 4057 - 4067 - 4077 - 4087 - 4097 - 4107 - 4117 - 4127 - 4137 - 4147 - 4157 - 4167 - 4177 - 4187 - 4197 - 4207 - 4217 - 4227 - 4237 - 4247 - 4257 - 4267 - 4277 - 4287 - 4297 - 4307 - 4317 - 4327 - 4337 - 4347 - 4357 - 4367 - 4377 - 4387 - 4397 - 4407 - 4417 - 4427 - 4437 - 4447 - 4457 - 4467 - 4477 - 4487 - 4497 - 4507 - 4517 - 4527 - 4537 - 4547 - 4557 - 4567 - 4577 - 4587 - 4597 - 4607 - 4617 - 4627 - 4637 - 4647 - 4657 - 4667 - 4677 - 4687 - 4697 - 4707 - 4717 - 4727 - 4737 - 4747 - 4757 - 4767 - 4777 - 4787 - 4797 - 4807 - 4817 - 4827 - 4837 - 4847 - 4857 - 4867 - 4877 - 4887 - 4897 - 4907 - 4917 - 4927 - 4937 - 4947 - 4957 - 4967 - 4977 - 4987 - 4997 - 5007 - 5017 - 5027 - 5037 - 5047 - 5057 - 5067 - 5077 - 5087 - 5097 - 5107 - 5117 - 5127 - 5137 - 5147 - 5157 - 5167 - 5177 - 5187 - 5197 - 5207 - 5217 - 5227 - 5237 - 5247 - 5257 - 5267 - 5277 - 5287 - 5297 - 5307 - 5317 - 5327 - 5337 - 5347 - 5357 - 5367 - 5377 - 5387 - 5397 - 5407 - 5417 - 5427 - 5437 - 5447 - 5457 - 5467 - 5477 - 5487 - 5497 - 5507 - 5517 - 5527 - 5537 - 5547 - 5557 - 5567 - 5577 - 5587 - 5597 - 5607 - 5617 - 5627 - 5637 - 5647 - 5657 - 5667 - 5677 - 5687 - 5697 - 5707 - 5717 - 5727 - 5737 - 5747 - 5757 - 5767 - 5777 - 5787 - 5797 - 5807 - 5817 - 5827 - 5837 - 5847 - 5857 - 5867 - 5877 - 5887 - 5897 - 5907 - 5917 - 5927 - 5937 - 5947 - 5957 - 5967 - 5977 - 5987 - 5997 - 6007 - 6017 - 6027 - 6037 - 6047 - 6057 - 6067 - 6077 - 6087 - 6097 - 6107 - 6117 - 6127 - 6137 - 6147 - 6157 - 6167 - 6177 - 6187 - 6197 - 6207 - 6217 - 6227 - 6237 - 6247 - 6257 - 6267 - 6277 - 6287 - 6297 - 6307 - 6317 - 6327 - 6337 - 6347 - 6357 - 6367 - 6377 - 6387 - 6397 - 6407 - 6417 - 6427 - 6437 - 6447 - 6457 - 6467 - 6477 - 6487 - 6497 - 6507 - 6517 - 6527 - 6537 - 6547 - 6557 - 6567 - 6577 - 6587 - 6597 - 6607 - 6617 - 6627 - 6637 - 6647 - 6657 - 6667 - 6677 - 6687 - 6697 - 6707 - 6717 - 6727 - 6737 - 6747 - 6757 - 6767 - 6777 - 6787 - 6797 - 6807 - 6817 - 6827 - 6837 - 6847 - 6857 - 6867 - 6877 - 6887 - 6897 - 6907 - 6917 - 6927 - 6937 - 6947 - 6957 - 6967 - 6977 - 6987 - 6997 - 7007 - 7017 - 7027 - 7037 - 7047 - 7057 - 7067 - 7077 - 7087 - 7097 - 7107 - 7117 - 7127 - 7137 - 7147 - 7157 - 7167 - 7177 - 7187 - 7197 - 7207 - 7217 - 7227 - 7237 - 7247 - 7257 - 7267 - 7277 - 7287 - 7297 - 7307 - 7317 - 7327 - 7337 - 7347 - 7357 - 7367 - 7377 - 7387 - 7397 - 7407 - 7417 - 7427 - 7437 - 7447 - 7457 - 7467 - 7477 - 7487 - 7497 - 7507 - 7517 - 7527 - 7537 - 7547 - 7557 - 7567 - 7577 - 7587 - 7597 - 7607 - 7617 - 7627 - 7637 - 7647 - 7657 - 7667 - 7677 - 7687 - 7697 - 7707 - 7717 - 7727 - 7737 - 7747 - 7757 - 7767 - 7777 - 7787 - 7797 - 7807 - 7817 - 7827 - 7837 - 7847 - 7857 - 7867 - 7877 - 7887 - 7897 - 7907 - 7917 - 7927 - 7937 - 7947 - 7957 - 7967 - 7977 - 7987 - 7997 - 8007 - 8017 - 8027 - 8037 - 8047 - 8057 - 8067 - 8077 - 8087 - 8097 - 8107 - 8117 - 8127 - 8137 - 8147 - 8157 - 8167 - 8177 - 8187 - 8197 - 8207 - 8217 - 8227 - 8237 - 8247 - 8257 - 8267 - 8277 - 8287 - 8297 - 8307 - 8317 - 8327 - 8337 - 8347 - 8357 - 8367 - 8377 - 8387 - 8397 - 8407 - 8417 - 8427 - 8437 - 8447 - 8457 - 8467 - 8477 - 8487 - 8497 - 8507 - 8517 - 8527 - 8537 - 8547 - 8557 - 8567 - 8577 - 8587 - 8597 - 8607 - 8617 - 8627 - 8637 - 8647 - 8657 - 8667 - 8677 - 8687 - 8697 - 8707 - 8717 - 8727 - 8737 - 8747 - 8757 - 8767 - 8777 - 8787 - 8797 - 8807 - 8817 - 8827 - 8837 - 8847 - 8857 - 8867 - 8877 - 8887 - 8897 - 8907 - 8917 - 8927 - 8937 - 8947 - 8957 - 8967 - 8977 - 8987 - 8997 - 9007 - 9017 - 9027 - 9037 - 9047 - 9057 - 9067 - 9077 - 9087 - 9097 - 9107 - 9117 - 9127 - 9137 - 9147 - 9157 - 9167 - 9177 - 9187 - 9197 - 9207 - 9217 - 9227 - 9237 - 9247 - 9257 - 9267 - 9277 - 9287 - 9297 - 9307 - 9317 - 9327 - 9337 - 9347 - 9357 - 9367 - 9377 - 9387 - 9397 - 9407 - 9417 - 9427 - 9437 - 9447 - 9457 - 9467 - 9477 - 9487 - 9497 - 9507 - 9517 - 9527 - 9537 - 9547 - 9557 - 9567 - 9577 - 9587 - 9597 - 9607 - 9617 - 9627 - 9637 - 9647 - 9657 - 9667 - 9677 - 9687 - 9697 - 9707 - 9717 - 9727 - 9737 - 9747 - 9757 - 9767 - 9777 - 9787 - 9797 - 9807 - 9817 - 9827 - 9837 - 9847 - 9857 - 9867 - 9877 - 9887 - 9897 - 9907 - 9917 - 9927 - 9937 - 9947 - 9957 - 9967 - 9977 - 9987 - 9997 - 10007 - 10017 - 10027 - 10037 - 10047 - 10057 - 10067 - 10077 - 10087 - 10097 - 10107 - 10117 - 10127 - 10137 - 10147 - 10157 - 10167 - 10177 - 10187 - 10197 - 10207 - 10217 - 10227 - 10237 - 10247 - 10257 - 10267 - 10277